



Abo/App | Inserieren | Shop | Leserreisen | Newsletter | Branchen | Immobilien | Jobs

Suche

Donnerstag  
15. Mai 2014

# Berliner Zeitung

Berlin  
18°

Berlin | Politik | Wirtschaft | Sport | Panorama | Kultur | Wissen | Digital | Gesundheit | Auto | Reise | Karriere  
Übersicht | Meinung | Bundestagsserie | Spionage-Skandal | NSU-Prozess | Fotogalerien | Abo/App

BERLINER ZEITUNG » POLITIK

## Politik

Aktuelle Nachrichten und Kommentare zur Politik in Deutschland und der Welt

ENERGIEWENDE

12.05.2014

### Bürger haften für Atomkraftwerke

Von Karl Doemens und Thorsten Knuf



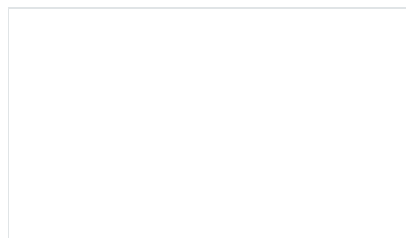
Das Beste an Schweden sind die Rotzlöffel!

Pippi Langstrumps Schweden ist ein Paradies für Kinder und perfekt für den nächsten Famili...

Kernkraftwerk in Brokdorf. Die Energiekonzerne stehen mächtig unter Druck - und möchten gerne etwas davon abgeben. Foto: dpa/Carsten Rehder

**Öffentlich mauert die Bundesregierung. Mit den Überlegungen der großen Energiekonzerne, ihre Atomkraftwerke einer quasi-staatlichen Stiftung zu übertragen, möchte kein Politiker in Verbindung gebracht werden. Doch angesichts milliardenschwerer Klagen lässt sich das Thema nicht so einfach vom Tisch wischen.**

#### AKTUELLE VIDEOS



#### Europa sucht den Super-Kommissar

- Recht auf "Vergessenwerden" im Netz gestärkt
- Spanische Politikerin erschossen
- Nigeria: Schulmädchen angeblich

[Alle Videos »](#)

#### NEUESTE BILDERGALERIEN POLITIK

Twittern 6 | Empfehlen 6 | +1 0 | per Mail | Drucken

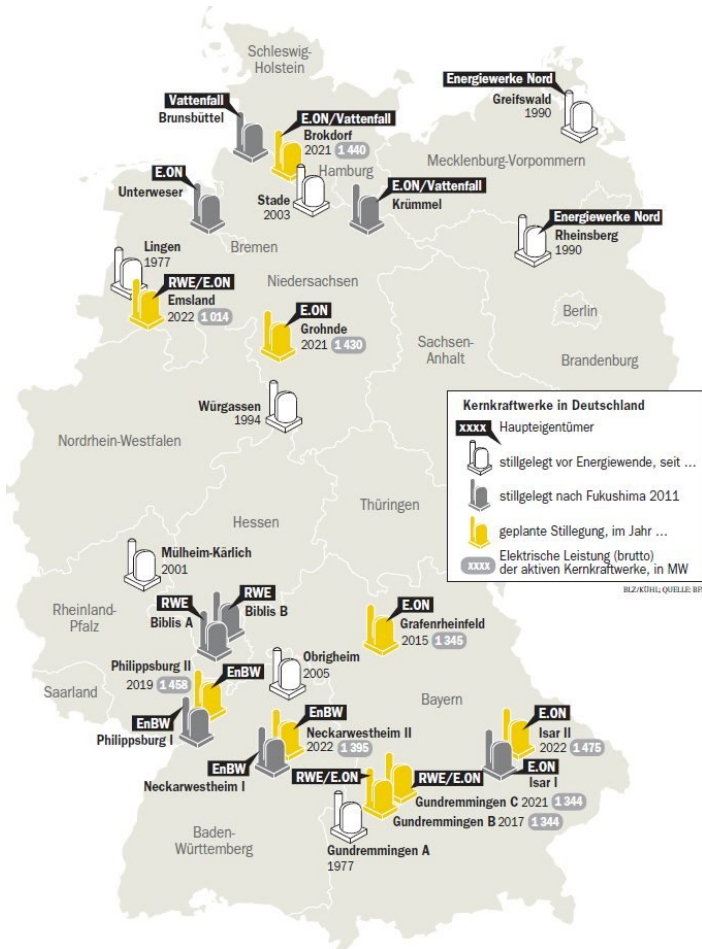
Eigentlich dachte Angela Merkel wohl, dass sie sich nicht länger mit dem Thema Atomkraft herumärgern müsse. Drei Jahre ist es her, dass sie unter dem Eindruck der Nuklear-Katastrophe von Fukushima eine spektakulären Rolle rückwärts vollzog: Aus der Schutzpatronin der deutschen Atom-Industrie wurde von heute auf morgen eine Atom-Skeptikerin. Binnen weniger Monate organisierte sie den endgültigen Ausstieg aus dieser Technologie. Spätestens 2022 soll hierzulande der letzte Meiler vom Netz gehen, so beschloss es 2011 der Bundestag. Und Merkel hoffte, dass an dieser Front nach Jahrzehnten des Streits endlich Ruhe einkehrt.

Nun allerdings muss sich die Kanzlerin doch wieder mit dem unangenehmen Thema befassen. Denn nach Lage der Dinge wollen die drei Energie-Konzerne Eon, RWE und EnBW die ihre verbliebenen Atomkraftwerke loswerden und auch die finanziellen Risiken des Atomausstiegs so weit wie möglich auf den Staat abwälzen. Nach Angaben aus Branchenkreisen wird erwogen, die Meiler in eine öffentliche Stiftung einzubringen. „Darüber gibt es Gespräche mit der Bundesregierung“, heißt es. Neun Atomkraftwerke sind noch am Netz. Acht weitere wurden nach Fukushima außer Betrieb genommen und nicht wieder hochgefahren.

#### Man gibt sich ahnungslos

Die Regierung dementiert, wenn auch nur halbherzig. „Es gibt weder Verhandlungen noch Beschlüsse zu diesem Thema“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag. Wenn es aber keine Verhandlungen oder Beschlüsse gibt, ist es natürlich dennoch möglich, dass die Konzerne schon einmal im Kanzleramt oder in einem der zuständigen Ministerien vorgeführt haben und dort zumindest auf offene Ohren gestoßen sind. „Dass es keine Gespräche gibt, glaubt nur jemand, der die Hose mit der Kneifzange anzieht“, lästerte SPD-Vize Ralf Stegner.

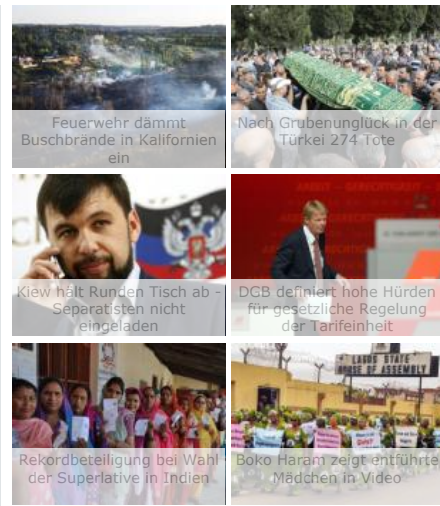
Doch auch das Umwelt- und das Wirtschaftsministerium gaben sich am Montag ahnungslos. Ein Sprecher von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) betonte freilich, dass Schwarz-Rot im Koalitionsvertrag festgelegt habe, mit den Konzernen das Gespräch zu suchen über die Umsetzung des Atomausstiegs. Unter anderem geht es um die Verwendung der mehr als 30 Milliarden Euro an Rückstellungen, die die Unternehmen für Stilllegung und Rückbau der Meiler sowie die Endlagerung des Atomabfalls gebildet haben. Angeblich wollen Eon, RWE und EnBW das Geld in die Stiftung einbringen. Unklar ist, ob auch der Vattenfall-Konzern bei dem Projekt mit dabei wäre.



Im Großformat anzeigen

Noch mehr zahlen möchten die Atom-Konzerne aber nicht. Denn niemand weiß, ob die Rückstellungen tatsächlich ausreichen, um die verbliebenen Meiler im Land sicher abzuschalten und abzureißen. Solche Prozesse können sich über viele Jahre hinziehen. Offen ist auch, wie viel Geld am Ende die Endlagerung des radioaktiven Mülls verschlingen wird. Jetzt beginnt erst einmal die Suche nach einem geeigneten Endlager-Standort. Bis es gefunden und betriebsbereit ist, dürften nach mindestens 20 Jahre vergehen.

Um dem Staat die Stiftungs-Lösung schmackhaft zu machen, bieten die Atomkonzerne angeblich an, ihre Klagen gegen den beschleunigten Atomausstieg und die Brennelemente-Steuer zurückzuziehen. Hier schlummern Milliarden-Risiken für die öffentliche Hand.



RESSORT

## Große Koalition

Union und SPD haben sich auf eine Große Koalition geeinigt. Wer wird Minister?

[Dossier als RSS-Feed abonnieren](#)

MEINUNG

KOMMENTAR ZU MARTIN SCHULZ

### Der Präsident der Herzen

KOMMENTAR ZUR TÜRKEI

### Unglück mit politischer Dimension

KOMMENTAR ZUM NEGATIVZINS

### Ungewöhnliche EZB-Aktion ist ein Alarmsignal

KOMMENTAR ZUM BUNDESWEHREINSATZ

### Das Beispiel Kosovo

PRESSESCHAU ZUM GOOGLE-URTEIL

### Grübeln statt googeln

BLOG AUS ISTANBUL



### Katastrophe mit Ansage

### Der 1. Mai in Istanbul (mit vielen Fotos)

### Istanbuler Kraftprobe zum 1. Mai

NSA-DOSSIER



## Spionage

Edward Snowden hat den größten Spionage-Skandal der Geschichte aufgedeckt.

PI & CO



## Neue Rechte

Radikales Gedankengut erreicht unter dem Deckmantel von Islamkritik das bürgerliche Lager.


DOSSIER

### Kampflinie vorgegeben

Und es dürfte noch einen zweiten Grund für die Bundesregierung geben, sich mit den Ideen der Strom-Riesen zumindest einmal näher zu befassen: Geraten die Kosten für den Atomausstieg außer Kontrolle, könnte das die Unternehmen in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen. Ohnehin machen die Energiewende und der Siegeszug des Ökostroms den einstigen Quasi-Monopolisten schwer zu schaffen. Sollte eines Tages ein Unternehmen Pleite gehen, wären auch dessen Rückstellungen für den Atomausstieg weg. Der Staat müsste dann ohnehin einspringen. Es gibt deshalb schon seit geraumer Zeit den Vorschlag, die Rückstellungen in einen Fonds zu überführen, um das Geld zu sichern.

Politisch freilich wäre ein solches Manöver extrem heikel. „Es kann nicht sein, dass die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert werden“, gab der SPD-Linke Stegner schon mal die Kampflinie vor. Auch CDU-Generalsekretär Peter Tauber betonte am Montag: „Die volle Verantwortung auch für alle Kosten liegt zunächst bei den Unternehmen.“

MEHR DAZU



**BRENNELEMENTESTEUER**  
**Der Bund zahlt an die Konzerne**

Das klingt wacker. Doch komplett ablehnen wollen die Koalitionäre den Vorschlag nicht.

Vorsichtshalber wird in der SPD schon einmal betont, es sei Merkel gewesen, die mit ihrem Zickzackkurs die Regierung in eine heikle Lage gebracht und den Konzernen die Möglichkeit zur Klage eröffnet habe. „Wir nehmen jeden klugen Ratschlag vorurteilsfrei entgegen“, sagte SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi diplomatisch. Ob er sachgerecht sei, müsse man erst noch prüfen.

AUTOR




**Karl Doemens**  
Politik-Autor

AUTOR

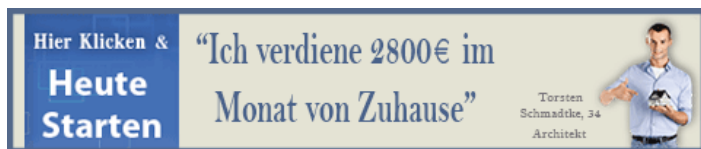


**Thorsten Knuf**  
Politik-Redakteur

AUCH INTERESSANT




**DREI JAHRE NACH FUKUSHIMA**  
**Deutschland braucht neue Atom-Notfallpläne**



Hier Klicken & Heute Starten  
"Ich verdiene 2800€ im Monat von Zuhause"  
Torsten Schmadtke, 34 Architekt

Empfehlen Teilen 6 Personen empfehlen das.



Bleiben Sie informiert und lesen Sie jetzt die Berliner Zeitung 2 Wochen GRATIS!

### Einloggen

Um einen Kommentar zu schreiben, melden Sie sich bitte mit Ihrem BERLINER-ZEITUNG.DE-Benutzernamen oder mit Ihren Facebook-Zugangsdaten an.

Benutzername  Anmelden

Kennwort  Registrieren | Passwort vergessen?



### NSU-Terror

Aktuelle Nachrichten vom Prozess gegen Beate Zschäpe und ihre mutmaßlichen Helfer.

POLITIK

UKRAINE-KRISE

**Runder Tisch mit Ecken und Kanten**

DGB-BUNDESKONGRESS

**Sigmar Gabriels 40-minütige Aussöhnung**

KRITIK AM GOOGLE-URTEIL

**Das "Recht auf Vergessen" ist gefährlich**

SEITE DES FAMILIENMINISTERIUMS GEHACKT

**Gefälschter Hilfsappell für syrische Kinder**

WAHLWERBESPOT DES DÄNISCHEN PARLAMENTES

**„Voteman“ prügelt Nichtwähler**

ANZEIGE

## Auto-Verbot für Senioren

deutschlandschau.tv

Neue Pläne. Senioren werden bald zu Abgabe des Führerscheins

## PC-Wissen für Senioren

## Atomkraftwerk (AKW)

Google-Anzeigen

FACEBOOK



berliner-zeitung.de  
Gefällt mir

29.946 Personen gefällt berliner-zeitung.de.

Soziales Plug-in von Facebook

Berliner-Zeitung.de auf Facebook

**13.05.2014** **mattenb** sagt:  
 12:52 Uhr  
 Melden  
 Dies ist ein unglaublich freches Anliegen der Stromkonzerne! Erst 200 Milliarden an Subventionen einstecken, jahrelang Gelddruckmaschinen betreiben und dann, ... [mehr](#)

**15.05.2014** **JochenGruber** sagt:  
 11:40 Uhr  
 Melden  
 Vielen Dank für den sehr informativen Artikel! Es ist wichtig für uns Bürger, mit solchen Daten beweisen zu können, dass die Bundesregierung den ... [mehr](#)

**15.05.2014** **JochenGruber** sagt:  
 11:52 Uhr  
 Melden  
 Seit 2000 verdoppelte sich die Stromerzeugung mit Photovoltaik alle 1.6 Jahre, wie aus der Abbildung dieses Artikels zu entnehmen ... [mehr](#)

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN

GNTM-FINALE

### Was war los mit Wolfgang Joop?



Er verwechselte Namen, fuhr sich durch die Haare und antwortete nicht auf Fragen: Wolfgang Joop wirkte im Finale von „Germany’s Next Topmodel“ komplett derangiert. Was war los mit dem Star-Designer? In den sozialen... [mehr...](#)

### UNESCO-Welterbe in Dessau erleben



Erleben Sie ab Mai 2014 das nun vollständige UNESCO-Welterbe! [mehr...](#)

SPONSORED ▶

NICHT AUFGELADENE FUSSFESSEL

### Haftstrafe wegen eines leeren Akkus



Rudolf B. versäumte es mehrmals, seine elektronische Fußfessel aufzuladen. Jetzt muss er sich vor Gericht dafür rechtfertigen – und wird verurteilt. [mehr...](#)

STRASSENBAHNLINIE 50

### Gereizte Fahrgäste, genervte Fahrer



Die BVG erneuert bis Mitte Juni die Gleise der Straßenbahnlinie 50. Doch der Ersatzverkehr in Pankow funktioniert nicht richtig. Die Fahrzeit hat sich verdoppelt. [mehr...](#)

GERHART-HAUPTMANN-SCHULE

### 220 Flüchtlinge und nur eine Dusche



Die Bewohner der besetzten ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg wollen endlich ein Ende der katastrophalen Zustände. Sie erheben schwere Vorwürfe gegen Senat und Bezirk und wollen nicht ohne ein besseres... [mehr...](#)

**Tweets** Folgen

---

**Berliner Zeitung**  
 @BLZonline

28m

.@MartinSchulz hetzt kreuz und quer durch den Kontinent, er trommelt für Europa. Und er hat damit Erfolg.  
[berliner-zeitung.de/politik/kommen...](#)  
Öffnen

---

**Berliner Zeitung**  
 @BLZonline

2h

Wahlkampf ums #TempelhoferFeld: Die Positionen der Parteien im Überblick.  
[berliner-zeitung.de/tempelhofer-fe... #thf100 #thf #Volksentscheid](#)  
Öffnen

Tweet an @BLZonline

---

**Berliner Zeitung**

Folgen
+1

+ 1.827

---

BERLINER ZEITUNG

[Facebook](#)
[RSS](#)

---

[Google+](#)
[Newsletter](#)

---

[Twitter](#)
[Mobil](#)

---

STAUMELDER

**31 Staus** mit einer Gesamtlänge von **86km**

**Alle Verkehrsmeldungen**  
**Öffentlicher Nahverkehr**  
**Stadtverkehr Berlin**

---

KINOPROGRAMM

Alle Neustarts diese Woche:

Film auswählen

Alle Filme von heute:

Film auswählen

Alle Kinos:

Kino auswählen

## Neu: Olympus Systemkamera OM-D E-M10



Schmale, leichte Systemkamera, hervorragende Technik, elegantes Design, erschwinglich.  
[mehr...](#)

AD

powered by plista

[Startseite](#) | [Politik](#) | [Berlin](#) | [Sport](#) | [Wirtschaft](#) | [Wissen](#) | [Abo/App](#) | [Shop](#) | [Schlagzeilen](#) | [Nachrichtenarchiv](#)

Copyright © 2014 Berliner Zeitung | [Datenschutzerklärung](#) | [Nutzungsbasierte Onlinewerbung](#) | [Abo/App](#) | [Kontakt](#) | [Mediadaten](#) | [AGB](#) |

[Impressum](#) | [Sitemap](#)

Weitere Angebote: [Kölner Stadt-Anzeiger](#) | [Kölnische Rundschau](#) | [Mitteldeutsche Zeitung](#) | [Fitmio](#)